

Agricultural Policies in OECD Countries: At a Glance 2004 Edition

Summary in German

Agrarpolitik in den OECD-Ländern auf einen Blick – 2004

Zusammenfassung in Deutsch

Der Agrarsektor ist in vielen OECD-Ländern nach wie vor durch ein hohes Subventions- und Schutzniveau gekennzeichnet. Die Beihilfen an landwirtschaftliche Erzeuger im OECD-Raum insgesamt machten 2003, gemessen am durchschnittlichen Erzeugersubventionswert (ESW), 32% der landwirtschaftlichen Einkommen aus, was gegenüber 2002 einen leichten Anstieg, im Vergleich zu den 37% im Zeitraum 1986-1988 aber einen Rückgang darstellt. Der ESW für 2003 wird auf 257 Mrd. US-\$ bzw. 229 Mrd. Euro geschätzt.

Die Reformen schlagen sich in der Zusammensetzung der Agrarstützung nieder. Der Anteil der Produktion und Handel am stärksten verzerrenden Stützungsformen – output- und inputabhängige Hilfen – hat sich von über 90% im Zeitraum 1986-1988 auf etwa 75% in den Jahren 2001-2003 verringert. Überdies sind die Unterschiede beim Stützungsniveau für die einzelnen Erzeugnisse etwas geringer geworden. Wenngleich dieser Fortschritt bemerkenswert ist, werden doch nur in sehr bescheidenem Maße Politikmaßnahmen eingesetzt, die auf spezifische Ziele und Empfänger zugeschnitten sind, so dass es weiterer Anstrengungen in dieser Richtung bedarf. Zusätzliche Bemühungen sind auch notwendig, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen transparenter, auf spezifische Ergebnisse ausgerichtet und gerecht sind und eine flexible Anpassung an sich wandelnde Prioritäten erlauben. Der nach wie vor hohe Anteil an output- und inputabhängigen Stützungsmaßnahmen lässt Anreize für eine Ausweitung der Inlandsproduktion entstehen, führt zu Handelsverzerrungen und trägt dazu bei, die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu drücken. Die Agrarpolitik der OECD-Länder legt den Verbrauchern und Steuerzahlern in den jeweiligen Ländern zuweilen unnötige Kosten auf, und viele Stützungsmaßnahmen führen zu Umweltbelastung und benachteiligen konkurrierende Anbieter, darunter auch solche aus Entwicklungsländern.

Die Reform der Agrarpolitik vollzieht sich in den einzelnen Ländern weiterhin sehr uneinheitlich. Zwischen den OECD-Ländern gibt es große und wachsende Unterschiede in Bezug auf das Stützungsniveau, und der Grad, in dem weitere Reformen notwendig sind, variiert erheblich. Die Erzeugerbeihilfen machten im Zeitraum 2001-2003 in Australien und Neuseeland nicht einmal 5% der landwirtschaftlichen Einkommen aus, 20% oder

weniger in Kanada, Mexiko, Polen, der Slowakei, der Türkei und den Vereinigten Staaten, rd. 25% in der Tschechischen Republik und Ungarn, 35% in der Europäischen Union und 60% oder mehr in Island, Japan, Korea, Norwegen und der Schweiz.

2003 wurde eine Reihe von Politikänderungen eingeführt. In **Kanada** fand der *Agricultural Policy Framework* (APF) erstmals Anwendung und in den **Vereinigten Staaten** wurde der FSRI-Act 2002 (*Farm Security and Rural Investment Act*) vollständig umgesetzt. **Norwegen** führte eine neue flächenabhängige Standardzahlung auf Pro-Hektar-Basis ein, die alle Landwirte für ihren Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft erhalten können. Notstandszahlungen wurden in **Australien** (wegen der Dürre) und **Kanada** (wegen BSE) gewährt. Gewisse Anstrengungen zur Verbesserung der Effizienz der Binnenmärkte wurden in Ländern mit erheblichen Außenschutzmaßnahmen wie **Japan** und **Korea** (bei Reis) und **Norwegen** (bei Milcherzeugnissen) unternommen. **Polen**, die **Slowakei**, die **Tschechische Republik** und **Ungarn** setzten ihre Vorbereitungen für den Beitritt zur Europäischen Union im Mai 2004 fort, so auch durch Änderungen in Bezug auf Erzeugerbeihilfen, Infrastrukturausgaben und die Entwicklung von Systemen für Lebensmittelsicherheit. In der **Europäischen Union** wurde eine Einigung über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik erzielt, die einen weiteren bedeutenden Fortschritt in Richtung einer Entkopplung der Stützung von Produktionsentscheidungen bedeutet und die 2005-2007 in Kraft treten soll. Auch in der Schweiz kam es zu einer Beschlussfassung über das neue Agrarreformpaket, das über den Zeitraum 2004-2007 eingeführt werden soll und mit dem sich der Trend zur langfristigen Abkehr von den besonders handelsverzerrenden Maßnahmen fortsetzt.

Hohe Weltmarktpreise für Fleisch und Ölsaaten, Molkereiprodukte und Reis kontrastierten 2003 mit einem niedrigeren Weltmarktpreisniveau bei Zucker, Weizen und Mais. An den Fleischmärkten kam es auf Grund des Ausbruchs von Krankheiten in mehreren Teilen der Welt zu Versorgungsstörungen. Erhebliche Wechselkursbewegungen, vor allem ein schwächerer Dollar und ein stärkerer Euro, waren wichtige Faktoren, die die Handelsströme beeinflussten. Während eine Reihe von Ländern die notwendigen Politikreformen auf unilateraler Basis fortsetzte, sind die multilateralen Handelsverhandlungen auf der Ministerkonferenz in Cancún gescheitert. *Die Erzielung von Fortschritten in der WTO würde dem Reformprozess in der Agrarpolitik neue Dynamik geben.*

© OECD, 2004

Diese Zusammenfassung ist keine amtliche OECD-Übersetzung.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter www.oecd.org/bookshop/.

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die
OECD Rights and Translation unit,
Public Affairs and Communications Directorate.

E-Mail : rights@oecd.org

Fax: +33 1 45 24 13 91

Adresse: OECD Rights and Translation unit (PAC)
2, rue André-Pascal
75775 Paris cedex 16
France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights/

